

## Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015

**Sitzungstermin:** Montag, 07.09.2015  
**Beginn der Sitzung:** 16:06 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:43 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

#### **Vorsitzender**

Swieter, Benjamin

#### **SPD-Fraktion**

Bamminger, Berendine  
Haase, Hans-Dieter  
Pohlmann, Marianne  
Strelow, Gregor  
Winter, Maria

für Rico Mecklenburg

für Kai-Uwe Schulze

#### **CDU-Fraktion**

Bongartz, Helmut  
Rosenboom, Benedikt

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Marsal, Andrea  
Renken, Bernd

#### **FDP-Fraktion**

Bolinius, Erich

#### **Verwaltungsvorstand**

Bornemann, Bernd  
Jahnke, Horst

Oberbürgermeister  
Erster Stadtrat

#### **von der Verwaltung**

Discus, Gerhard  
Mansholt, Dieter  
Willms, Artur

#### **Protokollführung**

Lenzion, Daje

#### **Gast**

Eckard, Rolf  
Feier, Frank  
Böckmann, Jürgen  
Buisker, Herbert  
Burfeind, Heidrun  
Claaßen, Jens  
Eilers, Hillgriet  
Götze, Horst

## Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015

Lechner, Katja  
Meyer, Lina  
Risius, Andrea  
Schild, Walter  
Graf, Wilfried

(ab 16:45 Uhr)

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Swieter** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Swieter** bittet darum, den Tagesordnungspunkt 9 „Volkshochschule Emden e. V.“ aufgrund der vielen anwesenden Bürger vorzuziehen.

Er weist darauf hin, dass aufgrund eines anderen anstehenden Termins die Sitzung von ihm um 19:00 Uhr geschlossen werde und die noch nicht behandelten Tagesordnungspunkte auf den 08.09.2015 um 17:00 Uhr vertagt würden.

**Beschluss:** Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 01.07.2015

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 23 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation vom 01.07.2015 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

**Herr Thorsten Hecht** bemerkt, seine Fragen würden sich auf den Konsolidierungsplan der Volkshochschule Emden und Presseinformationen, aus denen er entnehme, dass die erfolgreiche Arbeit des Mediationsbüros im Täter-Opfer-Ausgleich nicht im bisherigen Umfang fortgesetzt werden solle, beziehen. Die Kernkompetenz, d. h. die Stunden der Konfliktschlichter sollen um ca. 25 % eventuell sogar mehr gekürzt werden, weil das Projekt defizitär sei. Der Täter-Opfer-Ausgleich sei eine Dienstleistung und ein Kooperationsprojekt mit der Stadt Emden, den Landkreisen Aurich und Leer, den Staatsanwaltschaften, Gerichten und der Polizei, die alle zur

## Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015

Finanzierung beitragen würden. Er fragt, ob man sich mit diesen zusammengesetzt und beraten habe, wie eine ausreichende Finanzierung vielleicht doch zu erreichen sei. Ebenso möchte er wissen, ob die mit der Stadt Aurich bestehende Defizitgleichregelung in den letzten Jahren in Anspruch genommen worden sei. Er möchte geklärt wissen, ob die Suche nach einem anderen Träger, der den Täter-Opfer-Ausgleich in vollem Umfang erhalten wolle, nicht eine bessere Option sei, wenn die Volkshochschule sich auf den Kern einer Volkshochschule zurückziehen sollte, wie im Konsolidierungskonzept angedeutet und auch schon von Volkshochschul-Vertretern gesagt worden sei.

**Herr Jürgen Seidel** schildert, von 2006 bis 2009 seien die Zahlungen des Filmfestes an die Volkshochschule Emden für Personaleinsatz dem RPA-Bericht zu entnehmen, es seien ca. 46.000,00 € jährlich. Innerhalb von diesen vier Jahren sei schon ein Defizit des Filmfestes von ca. 85.000,00 € erkennbar gewesen. Im Konsolidierungsplan von Herrn Feier würden ab 2015 Zahlungen von ca. 42.000,00 € für den Einsatz von VHS-Personal vom Filmfest an die Volkshochschule erwartet.

Die Filmfestleitung habe eine halbe Stelle bei der neuen Filmfest gGmbH. Das mache deutlich, dass für die zurückliegenden Jahre ein Personalkostenbeitrag von ca. 80.000 € angemessen gewesen wäre. Er bittet um Auskunft, welche Transferzahlungen für den VHS-Personaleinsatz die Volkshochschule von 2010 bis 2014 wirklich erhalten habe und wie hoch das Defizit des Filmfestes in diesen Jahren gewesen sei.

**Herr Swieter** schlägt vor, die Fragen unter dem Tagesordnungspunkt 9 „Volkshochschule Emden e. V.“ von der Verwaltung beantworten zu lassen.

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

**TOP 9** Volkshochschule Emden e.V.;

- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.07.2015
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.07.2015
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 20.08.2015

Vorlage: 16/1846

**Herr Swieter** weist darauf hin, dass der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfungen der Jahresrechnungen 2007 bis 2014 der Volkshochschule Emden e. V. an jedes Ausschussmitglied ausgeteilt worden sei.

**Herr Bolinius** erklärt, am 07.07.2015 habe die FDP-Fraktion einen Antrag zur Prüfung der VHS-Financen gestellt. Es ginge in dem Antrag darum, ob die in der Presse erhobenen Vorwürfe der Insolvenzverschleppung stimmen würden. Das Rechnungsprüfungsamt habe am 08.07.2015 mitgeteilt, dass der Vorwurf der Insolvenzverschleppung im Zusammenhang mit den Volkshochschul-Financen nicht zum Aufgabenspektrum des Rechnungsprüfungsamtes gehöre. Daraufhin habe die FDP-Fraktion Herrn Bornemann am 09.07.2015 schriftlich angefragt, was er als oberster Dienstherr der Stadt Emden bezüglich der erhobenen Vorwürfe unternehmen werde. Bisher habe seine Fraktion diesbezüglich keine Antwort erhalten.

Aufgrund eines Schreibens des Steuerzahlerbundes am 23.07.2015 habe er den Antrag gestellt, die Fragen des Steuerzahlerbundes zu beantworten und die Antworten spätestens in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation mitzuteilen.

## Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015

Den Antrag der SPD-Fraktion, den ehemaligen Volkshochschulleiter Herrn Rolf Eckard und den neuen Leiter Herrn Frank Feier anzuhören, werde die FDP-Fraktion ablehnen. Herr Eckard habe oder dürfe nur das ausführen, was der Vorstand beschlossen habe. Somit stehe der Vorstand in der Verantwortung.

Aus diesem Grund beantragt die FDP-Fraktion, dass der Vorsitzende Herr Aloys Kiepe oder Herr Hans-Dieter Haase als sein Stellvertreter den Ausschuss über das finanzielle Desaster aufkläre. Sollte der Antrag abgelehnt werden, werde er im Namen seiner Fraktion die Anhörung der ehemaligen leitenden Mitarbeiter von Herrn Jürgen Seidel und Herrn Thorsten Hecht als Sachverständige befürworten. Er ergänzt, dass Herr Jenkins ebenfalls bereit gewesen wäre, dem Ausschuss zu berichten, sich jedoch im Urlaub befinden würde.

Die FDP-Fraktion werde daran festhalten, dass die Stadt nicht automatisch für alle Schulden der Volkshochschule aufkommen müsse. Auch die Gewerkschaft sei in der Pflicht, für das Defizit gerade zu stehen.

Ein vernünftiger Weg könne es auch sein, einen rückzahlbaren Kredit zu gewähren, damit der Anreiz für einen ambitionierten Konsolidierungskurs und eine transparente Steuerung umgesetzt werde. Einen entsprechenden Änderungsantrag zu der Ratsvorlage 16/1802 habe die FDP-Fraktion am 09.07.2015 zur Ratssitzung bereits eingereicht. In dieser Sitzung sei es nicht zur Abstimmung gekommen, da Herr Bornemann den Punkt von der Tagesordnung genommen habe. Den angegebenen Grund, in „einer aufgeheizten Atmosphäre“ nicht zu beraten, sei seines Erachtens falsch und auch nicht der wahre Grund. Durch diese Entscheidung sei viel Zeit verloren gegangen und die Mitarbeiter der Volkshochschule seien mit ihren Sorgen und Ängsten über die zukünftige Entwicklung ihrer Arbeitsplätze alleine gelassen worden.

**Herr Haase** erläutert, die SPD-Fraktion habe beantragt, den Leiter der Volkshochschule Emden, Herrn Frank Feier, sowie den ehemaligen Leiter, Herrn Rolf Eckard, gem. § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Rates als Sachverständige anzuhören, um der Öffentlichkeit einen sachlichen und fachlichen Bericht zu geben.

Des Weiteren habe die SPD-Fraktion beantragt, einen zusammenfassenden schriftlichen Bericht über die Prüfungen der Jahre 2007 bis 2014 vom Rechnungsprüfungsamt zu erhalten. Dieser Bericht liege nun erfreulicherweise vor und enthalte die Aussage, dass die Prüfberichte alle zu dem Ergebnis kommen würden, dass sich über die in den Berichten gemachten Feststellungen hinaus, keine Beanstandungen ergeben hätten und die Zuschüsse der Stadt Emden jeweils zweckentsprechend verwendet worden seien. Die Prüfberichte würden jeweils mit der Empfehlung an die Mitgliederversammlung der Volkshochschule Emden e. V. enden, dem Vorstand die Entlastung zu erteilen. Dies bedeute, dass nochmal sehr intensiv geprüft und keinerlei fehlerhaftes finanzielles Verhalten festgestellt worden sei.

Eine weitere Ausdehnung der Sachverständigen werde seine Fraktion ablehnen, da lediglich von der Leitung benannte Personen als Sachverständige gehört werden könnten. Ebenso seien Herr Seidel sowie Herr Hecht ehemalige Mitarbeiter und seit einigen Jahren im Ruhestand.

**Herr Renken** gibt an, bezugnehmend auf den Antrag der SPD-Fraktion habe seine Fraktion beantragt, den ehemaligen stellvertretenden Leiter der Volkshochschule, Herrn Jürgen Seidel, und den ehemaligen Abteilungsleiter und Leiter des Mediationsbüros, Herrn Thorsten Hecht, als weitere Sachverständige zu hören.

Ihn habe an dem Antrag der SPD gewundert, dass nicht die nach dem Vereinsrecht zuständigen Personen, der Vorstandsvorsitzende und dessen Stellvertreter, in diesem Ausschuss Bericht erstatten sollen. Die Verantwortung für das, was in der Öffentlichkeit bekannt geworden

## Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015

sei, würde somit auf den ehemaligen und jetzigen Leiter der Volkshochschule abgeschoben. Wer Verantwortung trage, solle diese in seiner Funktion in der Volkshochschule zeigen.

Im Sinne einer hohen Transparenz sollten ebenso die Mitarbeiter aus führenden Positionen vortragen. Die Probleme seien nicht erst im Jahr 2012 entstanden, sondern schon bereits seit 2004. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätte des Weiteren gerne Herrn Jenkins als ehemaligen Fachbereichsleiter und Betriebsratsvorsitzenden eingeladen, der in seiner Amtszeit gegenüber der Volkshochschule Vorschläge gemacht habe, um das lange absehbare und vorhandene strukturelle Defizit abzubauen. Diese Vorschläge seien jedoch vom Vorstand ignoriert worden.

Er spricht sich für einen Runden Tisch aus, um dort die nachhaltigen Probleme zu lösen. In den Jahren von 2004 bis 2013 seien bereits insgesamt 422.692 € Sonderfinanzhilfen geleistet worden und in 2010 und 2012 habe die Volkshochschule insgesamt 250.000 € an Liquiditätshilfe erhalten. Bisher sei keine Rückzahlung erfolgt, sodass dieser Betrag noch offen sei. Die Volkshochschule habe im Grunde genommen in der Vergangenheit ein langjähriges strukturelles Defizit von mind. 70.000 € pro Jahr.

**Herr Bornemann** habe anhand der Anträge und Begründungen festgestellt, dass es von seiner Seite vollkommen richtig gewesen sei, den Tagesordnungspunkt am 09.07.2015 von der Tagesordnung genommen zu haben. Die Diskussion an dem Tage ohne intensive Vorbereitung wäre mit Sicherheit nicht sachdienlich gewesen. Mit der Einladung aller Fraktionen vor der nächsten Ratssitzung habe er den heutigen Ausschuss abgewartet, um zuvor die Ausführungen der Sachverständigen anzuhören. Selbstverständlich werde eine Einladung noch erfolgen, um unvoreingenommen über die Zukunft der Volkshochschule zu diskutieren. Die Volkshochschule habe über Jahrzehnte hervorragende Arbeit geleistet und sei somit erhaltenswert. Nach wie vor strebe er ein breites Einvernehmen an.

Bezüglich der Frage von Herrn Bolinius zu den erhobenen Vorwürfen im Zusammenhang mit der Volkshochschule erläuterte er, dass es sich bei der Volkshochschule um einen Verein handle und er insofern nicht als oberster Dienstherr der Mitarbeiter oder Leiter der Volkshochschule gelte. Daher sei diese Ansprache nicht angemessen. Bei den erhobenen Vorwürfen der Veruntreuung von Geldern, der nicht zweckentsprechenden Verwendung von Geldern befinde man sich im Strafrecht. Es sei keine Aufgabe und Angelegenheit des Oberbürgermeisters oder der Stadt Emden strafrechtliche Ermittlungen vorzunehmen. Wer solche Vorwürfe erhebt, müsse diese selber bei der Staatsanwaltschaft anzeigen, sodass es dann zu einem Ermittlungsverfahren kommen könnte. Dies gelte ebenso für das Schreiben des Steuerzahlerbundes. Dieses Schreiben sei an den Vorstand der Volkshochschule gerichtet und insofern werde er dieses Schreiben nicht beantworten.

Zum Thema Anhörung von Sachverständigen verweist er auf die Stellungnahme der Verwaltung der Vorlage. Grundsätzlich könne der Fachausschuss entscheiden, wer als Sachverständige angehört werden sollen. Er weist jedoch darauf hin, dass Institutionen und Behörden grundsätzlich von der Leitung vertreten würden bzw. von der Leitung benannte Personen als Sachverständige angehört würden. Die Verwaltung sehe es daher als ausgesprochen kritisch, wenn in einem Ausschuss ehemalige Mitarbeiter angehört werden sollen, um eine Gegenposition zu vertreten.

**Herr Bongartz** hofft, dass die heutigen Ausführungen und Vorstellungen sachdienlich sein werden, sodass alle Fraktionen sich in den nächsten Gremiensitzungen entsprechend positionieren können.

## Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015

Er kritisiert, dass Herr Eckard sich während der heftigen und öffentlichen Diskussion über die Problematik der Volkshochschule nicht zu Wort gemeldet habe, um für Klarstellungen und Transparenz zu sorgen. Dies würde er nun in der heutigen Sitzung erst auf Bitten eines Antrages einer Fraktion tun.

Das Rechnungsprüfungsamt würde lediglich prüfen, ob rechnerische Vorgänge ordnungsgemäß abgewickelt worden seien oder ob es bei dieser Abwicklung irgendwelche Fehler und Differenzen gebe. Die Prüfberichte stellen nach seiner Auffassung nur dar, ob die Buchführung in Ordnung gewesen sei.

**Herr Strelow** betont, dass dieser Ausschuss kein Untersuchungsausschuss und kein Gerichtsprozess sei. In erster Linie ginge es am heutigen Tage darum, Klarheit und Wahrheit zu schaffen. Aufgrund der fehlenden Klarheit habe es in den letzten Monaten viele falsche Behauptungen gegeben.

Herr Feier und Herr Eckard seien seitens des Vorstandes der Volkshochschule ausdrücklich ermächtigt worden, in diesem Ausschuss über die Angelegenheiten der Volkshochschule zu berichten. Insofern schließt er sich der Meinung der Verwaltung an, dass in Ausschusssitzungen der Stadt Emden nach bisherigen bewährten Verfahren grundsätzlich die Leitung von Institutionen als Sachverständige genannt werden sollen. Er habe vollstes Verständnis, wenn es als ausgesprochen kritisch gesehen werde, dass nach den vorliegenden Anträgen frühere Mitarbeiter gleichrangig neben der Leitung als Sachverständige im Ausschuss gehört werden sollen. Herr Seidel und Herr Hecht hätten des Weiteren keine Ermächtigung seitens des Vorstandes der Volkshochschule erhalten.

**Herr Swieter** lässt über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen, Herrn Aloys Kiepe oder Herrn Hans-Dieter Haase als Sachverständige anzuhören.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 5  
Dagegen: 6  
Enthaltungen: 0

**Herr Swieter** lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen, Herrn Frank Feier und Herrn Rolf Eckard als Sachverständige anzuhören.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit

Dafür: 6  
Dagegen: 5  
Enthaltungen: 0

Anschließend lässt **Herr Swieter** über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen, Herrn Jürgen Seidel und Herrn Thorsten Hecht als Sachverständige anzuhören.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 5  
Dagegen: 6  
Enthaltungen: 0

## Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015

**Herr Bolinius** fragt, ob möglicherweise ein Mitwirkungsverbot für Herrn Haase oder Herrn Strelow bestehe.

**Herr Bornemann** gibt an, am heutigen Tage sei das Schreiben der Kommunalaufsicht bezüglich eines möglicherweise bestehenden Mitwirkungsverbotes der Mitglieder des Vorstandes der Volkshochschule eingegangen.

Die Kommunalaufsicht habe ausgeführt, dass bei der Beratung und Entscheidung innerhalb eines zu entscheidenden Vorgangs, bei dem aus dem Beschluss sich ein Vorteil aus der Entscheidung selbst ergeben würde, ein Mitwirkungsverbot vorliege. Hinsichtlich des Beschlusses, den Verlustausgleich generell vornehmen zu wollen, sei ein Mitwirkungsverbot fraglich. Insofern liege für die heutige Mitteilungsvorlage, in welcher keine Entscheidung getroffen werde, kein Mitwirkungsverbot vor.

**Herr Haase** bemerkt, in der heutigen Sitzung ginge es nicht darum, irgendwelche Verantwortung abzugeben oder zu zeigen. Selbstverständlich habe der Vorstand kollektiv eine Verantwortung für das Verhalten und die wirtschaftliche Entwicklung der Volkshochschule. Hauptsächlich sollten heute alle Zahlen und Daten dargestellt und die strafrechtlichen Anfeindungen wie Insolvenzverschleppung oder Fehl Ausgaben öffentlicher Mittel widerlegt werden.

**Frau Stomberg** berichtet anhand des ausgeteilten Berichtes des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfungen der Jahresrechnungen 2007 bis 2014 der Volkshochschule Emden e. V. Dieser Bericht ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Herr Swieter** bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Renken** schildert, bis 2009 habe es eine extra buchhalterische Abrechnung des Filmfestes gegeben. Anschließend sei bis zur Gründung der Filmfest gGmbH die Abrechnung unter den allgemeinen Aufgaben sozusagen untergegangen, sodass für diesen Zeitraum keine exakten Abrechnungen für das Filmfest vorliege würden. Durch die Gründung der Filmfest gGmbH sei dieses erst jetzt wieder nachvollziehbar.

In den Berichten des Rechnungsprüfungsamtes sei für 2010 eine Liquiditätshilfe in Höhe von 100.000 € genannt, die noch nicht zurückgezahlt worden sei und in dem Bericht über 2012 seien nochmals 150.000 € als Liquiditätshilfe aufgeführt. Da Frau Stomberg von einer Liquiditätshilfe in Höhe von 150.000 € gesprochen habe, fragt er, ob es zwischenzeitlich Rückzahlungen gegeben habe. Dem Bericht könne er keine Angabe über eine Rückzahlung entnehmen.

Aus dem Cash-Pool der Stadt Emden könnten städtische Gesellschaften und Beteiligungen Liquiditätshilfen erhalten. Die Volkshochschule erhalte aus diesem Cash-Pool seit Jahren Liquiditätshilfen, obwohl diese privatrechtlich als Verein organisiert sei. Vor diesem Hintergrund fragt er, wie mit den geleisteten Liquiditätshilfen umzugehen sei.

**Frau Stomberg** erklärt, in der Anlage 1 des Berichtes könne die Abrechnung des Filmfestes separat nachvollzogen werden. Die Ergebnisse seien spartenmäßig dem ideellen Bereich zugeordnet, da dieser die Erwachsenenbildung auch in Kunstangelegenheiten umfasse. In der Anlage des Berichtes seien die Einnahmen des Filmfestes, der Zuschuss der Stadt Emden für das Filmfest und die Ausgaben des Filmfestes für die jeweiligen Jahre aufgeführt.

Die Berichte des Rechnungsprüfungsamtes seien selbstverständlich auf den Stichtag der Bilanz, den 31.12. bezogen. Der Endbestand der Liquiditätshilfe für das Jahr 2011 habe sich somit auf 100.000 € belaufen. Im darauffolgenden Jahr habe es einen Bestand von 150.000 € gegeben. Bisher sei keine Rückzahlung erfolgt.

## Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015

In einem Prüfbericht habe das Rechnungsprüfungsamt Bedenken zur Hilfe aus dem Cash-Pool für die Volkshochschule geäußert. Das Rechnungsprüfungsamt sei bezüglich dieser Thematik mit der Verwaltung im Gespräch.

**Herr Jahnke** bestätigt, dass Frau Stomberg im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten einen entsprechenden Prüfungsvermerk geltend gemacht habe, da die Volkshochschule keine städtische Gesellschaft sei.

Die Verwaltung habe bisher immer argumentiert, dass die Stadt einen direkten und maßgeblichen Einfluss auf die Volkshochschule habe, da zwei städtische Vertreter und vier Ratsvertreter im Vorstand vertreten seien. Des Weiteren werde der Volkshochschule ein jährlicher Zuschuss gewährt, sodass die Rückzahlbarkeit dieses Darlehens aus dem Cash-Pool stets gegeben sei.

Mit Frau Stomberg habe er sich dahingehend verständigt, dass das Thema Cash-Pool entsprechend des Prüfungsvermerks gelöst werde, sobald die Situation der Volkshochschule geklärt sei.

**Herr Bolinius** kritisiert, dass der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes erst kurz vor Beginn der Sitzung vorgelegt worden sei, sodass die Fraktionen sich nur kurz damit auseinandersetzen konnten. Ebenso merkt er kritisch an, dass der Prüfbericht für 2013 bisher noch nicht vorgelegt worden sei.

**Herr Haase** begrüßt es, dass der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes zur heutigen Sitzung vorgelegt werden konnte, um eine vernünftige Grundlage zu haben. Die gesamte Diskussion um angeblich nicht auftauchende Filmfestkosten könne durch den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes widerlegt werden.

Nach seiner Meinung überprüfe das Rechnungsprüfungsamt nicht nur die Buchhaltung sondern auch die Mittelverwendung.

**Herr Bongartz** meint, im Jahre 2012 habe man seines Erachtens den allgemeinen Zuschuss an die Volkshochschule um 65.000 € erhöht. Im Jahre 2012 habe die Volkshochschule eine Sonderfinanzhilfe in Höhe von 90.000 € sowie im Jahr 2013 eine Sonderfinanzhilfe in Höhe von 70.000 € erhalten. Er möchte wissen, ob diese Sonderfinanzhilfen als Zuschuss gewährt worden seien oder rückzahlbar seien.

Da nach seiner Meinung Liquiditätshilfen zur Überbrückung von Engpässen erteilt würden, möchte er wissen, welche gezahlten Liquiditätshilfen zum jetzigen Zeitpunkt bereits zurückgezahlt worden seien.

**Herr Jahnke** legt dar, dass die Liquiditätshilfe in Höhe von 150.000 € aus dem Cash-Pool wie ein Darlehen sei und selbstverständlich zurückgezahlt werden müsse. Wenn der Rat beschließe, den aufgelaufenen Verlust der Volkshochschule in Höhe von 384.000 € auszugleichen, würde diese Liquiditätshilfe zurückgeführt und entsprechend verrechnet.

Die Sonderfinanzhilfen hingegen seien nicht in Darlehensform gezahlt worden und müssten auch nicht zurückgezahlt werden. Es sollte beachtet werden, dass der städtische Zuschuss seit 2004 nicht erhöht worden sei.

**Herr Haase** weist darauf hin, dass die Sonderfinanzhilfen vom Rat beschlossen worden seien und somit allen Fraktionen bekannt sein müssten, da diese Gegenstand intensiver Diskussionen im Ausschuss für Kultur- und Erwachsenenbildung sowie bei den Haushaltsdiskussionen gewesen seien. Die Hilfen seien einstimmig beschlossen worden, da immer das gemeinsame



## **Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015**

Interesse bestanden habe, die Volkshochschule im Bestand zu erhalten und eine Zukunft zu bieten. Die Hintergründe dieser Sonderfinanzhilfen könnten die beiden Sachverständigen erläutern.

**Herr Jahnke** schildert nochmals, dass im Jahre 2008 und 2012 es über die 375.400 €, die die Volkshochschule als direkten Zuschuss bekomme, eine Sonderfinanzhilfe in Höhe von 90.000 € gegeben habe. Im Jahre 2013 habe die Volkshochschule eine weitere Sonderfinanzhilfe in Höhe von 70.000 € erhalten. Bei anderen Kultureinrichtungen der Stadt Emden seien die Zuschüsse in erheblichem Maße erhöht worden. Die Volkshochschule stehe daher nicht allein im Fokus, welche auf Sonderfinanzhilfen und gesonderte Zuschüsse angewiesen seien. Die Auszahlung der Sonderfinanzhilfen sei zudem an Bedingungen geknüpft worden.

**Herr Buisker** gibt an, Sonderfinanzhilfen würden gewährt, um einen Engpass zu überbrücken. Im Jahr 2013 sei seitens der Volkshochschule geäußert worden, dass dies die letzte Sonderfinanzhilfe sein werde, da die Volkshochschule nun gut aufgestellt sei und im Jahre 2014 ganz andere Personalstrukturen vorhanden seien. Daher haben ihn die bekanntgegebenen Zahlen im November sehr erschreckt. Im Februar sei das Defizit dann nochmals angestiegen. Er fragt, weshalb trotz mehrerer Sonderfinanzhilfen die Geschäftsjahre keine positiven Ergebnisse ausweisen konnten. Über diese Thematik hätte er gerne Auskünfte und Informationen vom ehemaligen Leiter der Volkshochschule, Herrn Eckard.

**Frau Eilers** vertritt die Meinung von Herrn Buisker, dass der Rat den Beteuerungen der Volkshochschule geglaubt habe. Die FDP-Fraktion habe auch keine andere Möglichkeit gehabt, da ihre Fraktion in das Vorgehen des inneren Kreises nicht beteiligt worden sei und somit die Gründe für das Defizit nicht gekannt habe. Des Weiteren seien die Konzepte und Konsolidierungsmaßnahmen nicht öffentlich diskutiert worden.

Die Volkshochschule habe keine Transparenz oder Beteiligung weiterer Personen zugelassen.

**Herr Strelow** schlägt vor, Herrn Eckard und Herrn Feier zu Wort kommen zu lassen, um alle Zahlen, Daten und Fakten zur finanziellen Situation der Volkshochschule zu erläutern.

**Herr Eckard und Herr Feier** berichten anhand einer Power-Point-Präsentation über die finanzielle Situation der Volkshochschule Emden. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Herr Swieter** bedankt sich bei den Vortragenden und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Haase** bedankt sich ebenfalls für den Vortrag.

Nach seiner Meinung sei nun durch transparente Zahlen Klarheit geschaffen worden, sodass auch durch den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes alle einen Erkenntnisgewinn erzielt haben müssten. Er hofft, dass es nun keine vorverurteilende Kritik mehr geben werde, da die Entwicklung des Ganzen detailliert vorgestellt worden sei.

Der Vorstand habe gemeinschaftlich versucht Maßnahmen zu entwickeln, um das Defizit zu verringern. In der Regel seien alle Abstimmungen insbesondere bei den Finanzfragen im Vorstand einstimmig getroffen worden. Die Reduzierung der Personalkosten zeige deutlich, dass der Vorstand gehandelt habe. Im öffentlichen Dienstrecht sei es jedoch nicht möglich, die Personalkosten in sehr kurzer Zeit zu senken. Es sei bedauerlich genug, dass diese Maßnahme überhaupt getroffen werden musste.

## Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015

Andere Volkshochschule im Umland würden ebenfalls ein großes Defizit vorweisen und befänden sich in ähnlichen Situationen. Erwachsenenbildung koste sehr viel Geld. Den städtischen Zuschuss für die Volkshochschule seit 2004 stabil zu halten sei nicht auskömmlich gewesen. Bisher konnte der Volkshochschule über die Sonderfinanzhilfen geholfen werden. Das Land sei daher ebenso gefordert, da die nach niedersächsischem Erwachsenenbildungsgesetz abrechnungsfähigen Stunden von Jahr zu Jahr verringert würden.

Zum Schreiben des Steuerzahlerbundes teilt er mit, dass alle offenen Fragen selbstverständlich vom Vorstand der Volkshochschule beantwortet würden.

Der Vortrag habe das Zustandekommen des Defizites sowie die Gegensteuerungsmaßnahmen sehr deutlich aufgezeigt. Es bedarf jedoch einer Entscheidung im Rat, um für die Zukunft eine Finanzierung zu ermöglichen, die das strukturelle Defizit über die Jahre nicht erneut ansteigen lasse. Die SPD-Fraktion werde den Beschluss befürworten, um die Volkshochschule weiterhin leistungsfähig und erfolgreich zu entwickeln und zu unterstützen. Das vorgestellte Konsolidierungsprogramm von Herrn Feier müsse nun in der nächsten Zeit intensiv diskutiert werden. Der vorgeschlagene Weg der FDP-Fraktion der Volkshochschule über Kredite zu helfen sei keinesfalls hilfreich, da die Schulden noch weiter ansteigen würden.

Sobald im Oktober ein Beschluss gefasst worden sei, könne mit allen Fraktionen intensiv über eine neue Zusammensetzung des Kontrollgremiums diskutiert werden. Eine Änderung der Struktur des Vereins in eine gGmbH sei seines Erachtens nicht notwendig. Sein Vorschlag für die Neubesetzung des Kontrollgremiums wären 3 Ratsmitglieder, 1 Stadtverwaltungsmitglied sowie 2 Gewerkschafter. Des Weiteren könnten 3 Mitglieder vom Rat gewählt werden, die sich in Emden in der Bildungspolitik beteiligen wollen. Eine andere Zusammensetzung des jetzigen Kontrollgremiums hätte diese Situation jedoch auch nicht verhindern können. Er hofft auf einen gemeinschaftlichen Weg bezüglich der Diskussion um eine Veränderung dieses Gremiums.

Bestimmte Vorwürfe gegen die Volkshochschule würden in den strafrechtlichen Bereich hineingehen. Mit den Äußerungen wie Insolvenzverschleppung, Veruntreuung, falsche Buchführung oder zweckverfehlender Einsatz von öffentlichen Mitteln sollte jeder vorsichtig sein. Einige Leserbriefe in den Zeitungen hätten den Bogen an bestimmten Punkten sehr weit überspannt. Der Ruf sei ein schützenswertes Gut. Die Adressaten der Vorwürfe könnten zu Recht Klage erheben. Daher bittet er, diese Thematiken sachlich zu behandeln und von den genannten Vorwürfen abzusehen. Gemeinschaftlich sollte daran gearbeitet werden, die Volkshochschule auf eine solide Basis zu bringen.

**Herr Bolinius** meint, die vorgestellten Zahlen und Daten seien alle nachvollziehbar. Daher bedankt er sich bei Herrn Feier und Herrn Eckard für den Vortrag.

Er möchte dennoch wissen, weshalb die Aufträge von der Bundesanstalt für Arbeit verloren gegangen seien, da es genügend Aufträge gegeben habe. Eventuell sei die Volkshochschule nicht gut genug aufgestellt gewesen. Die Präsentation habe die Gründe nicht ausreichend dargestellt. Dies sollte ganz speziell untersucht werden.

Er kritisiert, dass seine Fraktion viel zu spät informiert und nicht rechtzeitig gegengesteuert worden sei.

Die FDP-Fraktion werde dem Beschluss in der Ratssitzung am 07.10.2015, den Verlust in Höhe von 384.000 € auszugleichen, nicht zustimmen. Die Gewerkschaften hätten eine große Mitschuld und sollten entsprechend Verantwortung zeigen.

## Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015

Er begrüßt die Aussage von Herrn Haase bezüglich der Änderung der Zusammensetzung des Kontrollgremiums. Ihn erfreue, dass die SPD-Fraktion diesbezüglich gesprächsbereit sei.

**Herr Graf** bedankt sich ebenfalls für den Vortrag.

Seine Partei habe sich im Vorfeld bei Herrn Kiepe und Herrn Feier über die finanzielle Situation der Volkshochschule erkundigt und gute Gespräche geführt. Dabei habe er Vorschläge für Veränderungen eingebracht.

Dennoch sei die Frage aufgekommen, weshalb der Zuschuss an die Volkshochschule aufgrund der Steigerung von Lohnkosten und Mietkosten nicht erhöht worden sei. Der gesamte Vorstand hätte rechtzeitig einen Antrag stellen sollen. Seines Erachtens sei die Volkshochschule trotz dieser Misere erhaltenswert.

Des Weiteren bittet er um einen Bericht über die Zusammenarbeit der Volkshochschule mit der AAFÖG sowie dessen finanzielle Situation.

**Herr Renken** glaubt, kein Mitglied des Rates würde die Existenz oder die gute Arbeit der Volkshochschule in Frage stellen. Dennoch bestehe gegenüber dem Leitungsorgan der Volkshochschule eine massive Vertrauenskrise. Die Defizite seien immer nur sporadisch ausgeglichen worden. Eine realistische Einschätzung der Situation in den Leitungsgremien der Volkshochschule habe es nicht immer gegeben.

In einer Information zur Haushaltsproblematik 2012 bis 2014 heiße es wortwörtlich, dass nachdem die städtische Finanzhilfe in den letzten sechs Jahren gleich geblieben sei, angesichts der aktuellen Entwicklung um eine einmalige Sonderfinanzhilfe zur Entschuldung der Volkshochschule gebeten werden müsse. Ergänzt durch die Nutzung von eigenem Einsparpotenzial könne in der Volkshochschule schon 2013 die Voraussetzungen für eine nachhaltig gesunde wirtschaftliche Grundlage geschaffen werden. Diese Einschätzung sei nicht realistisch gewesen und bedarf einiger Fragestellungen. Hier herrsche ein hohes Maß an Verkennung der Realität vor.

Er begrüßt es, dass zum ersten Mal so etwas wie ein Wirtschaftsplan vorgestellt worden sei. In der Vergangenheit habe dies nicht stattgefunden. Aufgrund der Organisationsform des Vereins sei der Rat sehr weit von der Volkshochschule abgekoppelt. Alle Mitglieder inklusive der Vertreter der Verwaltung, die vom Rat entsandt würden, seien gegenüber dem Rat auch nicht berichtspflichtig. Diese Feststellung habe seine Fraktion während den gescheiterten Gerichtsverfahren gemacht. Daher fordert er, dass die Struktur analog zu anderen städtischen Einrichtungen und Gesellschaften geschaffen werde, bei denen die Wirtschaftspläne dann auch im Budgetbuch enthalten seien. Der Rat könne seine Kontrollfunktion gegenüber einem Verein trotz Entsendung einzelner Personen nicht wahrnehmen.

Parallel zur Gewährung von Zuschüssen und dem Ausgleich des Verlustes am 07.10.2015 sollte es eine Vereinbarung über die künftige Grundstruktur der Volkshochschule geben.

**Herr Bongartz** gibt bekannt, die CDU-Fraktion werde einer finanziellen Hilfe der Volkshochschule nur dann zustimmen, wenn sich eine Änderung der Zusammensetzung des Kontrollgremiums ergebe.

Es sei undemokratisch, wenn sich aus den Mitgliedern des Vereins der Vorstand bilde, welcher keine neuen Mitglieder in der Aufnahme zulasse. Die zukünftige Struktur sollte transparent und für jedermann nachvollziehbar sein. Alle Fraktionen sollten im Vorstand vertreten sein.

## Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015

Er begrüßt es, dass alle Zahlen und Summen genauestens offen dargestellt worden seien. Er möchte wissen, ob der Fehlbetrag von 384.000 € die noch zurückzuzahlende Liquiditätshilfe enthalte.

**Herr Jahnke** führt nochmals aus, dass die Liquiditätshilfe in Höhe von 150.000 € aus der Defizitabdeckung zurückgeführt und verrechnet werde.

**Herr Bongartz** wiederholt, aus dem Ausgleich in Höhe von 384.000 € würde die Liquiditätshilfe zurückgeführt und verrechnet werden.

Dem Vorschlag einen Kredit zu gewähren sehe er ebenfalls kritisch. Er bittet um Auskunft, ob nach dem Ergebnisausgleich durch die Stadt noch weitere Liquiditätskredite bei anderen Geldinstituten offen seien, die dann noch zusätzlich bedient werden müssten.

**Herr Haase** verneint diese Frage.

**Herr Bongartz** stellt somit fest, die Volkshochschule habe keine weiteren Kredite neben der Liquiditätshilfe aufgenommen und diese würde aus den 384.000 € zurückgeführt werden.

Beim Lesen der Zeitung habe ihn gewundert, dass die Bundesanstalt für Arbeit gesagt habe, die Volkshochschule musste zum Jagen getragen werden, damit diese überhaupt Mittel akquirierte. Diese Äußerung würde sich nicht mit den heutigen Erläuterungen decken.

Vorausgesetzt die heutigen Aussagen würden stimmen, werde die CDU-Fraktion dazu beitragen, die Volkshochschule zu unterstützen. Er betont jedoch, dass andere Volkshochschulen schon viel eher mit schmerzhaften Prozessen auf diese Situationen reagiert hätten. Seine Fraktion sei nach Klärung der Zusammensetzung des Kontrollgremiums sehr gerne zu weiteren Gesprächen bereit.

**Her Strelow** meint, nach dieser intensiven Diskussion würde es noch einige Klarstellungen bedürfen.

Es sei der ausdrückliche Wunsch des Vorstandes der Volkshochschule gewesen, durch diesen Vortrag Klarheit und Wahrheit zu erreichen. Der Vorwurf von Herrn Bolinius, dass der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes nicht eher vorgelegt worden sei, mache keinen Sinn. Die Behauptung, das Kontrollgremium habe zu spät gehandelt, sei völlig abstrus. Selbstverständlich könnten die vorgetragenen Zahlen und Daten noch kritisch hinterfragt werden.

Frau Stomberg prüfe seitens des Rechnungsprüfungsamtes seit Jahren die Jahresabschlüsse. Diese seien im Rechnungsprüfungsausschuss immer offen vorgestellt worden. Daher sei die Behauptung falsch, es habe keine Kontrolle gegeben.

Durch das dezidierte Zahlenwerk der Präsentation seien die Lügen und Behauptungen widerlegt worden. Herr Hecht habe sich am 29.06.2015 in der Ostfriesen Zeitung geäußert, dass Ende 2008 sich herausgestellt habe, dass ein Großteil der Schulden in den Vorjahren durch Bußgelder getilgt worden seien, die dem an der Volkshochschule angesiedelten Mediationsbüro zweckgebunden für den Täter-Opfer-Ausgleich zugewiesen worden seien. Diese Behauptung sei ebenfalls von den Vortragenden dezidiert widerlegt worden.

Als Mitglied des Vorstandes der Volkshochschule habe er sich während der Sommerzeit einige Male fälschlicherweise angegriffen und diskreditiert gefühlt. Daher begrüßt er es, dass die heutigen Zahlen, Daten und Fakten für Klarheit und Wahrheit gesorgt hätten.

## Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015

**Frau Eilers** meint, der Bericht sei unzweifelhaft sachlich und gut gewesen.

Herr Haase und Herr Strelow hätten Offenheit und Transparenz beschworen. Die Volkshochschule habe nach ihrer Meinung in Wirklichkeit ein Glaubwürdigkeitsproblem. Durch den Versuch des Vorstandes der Volkshochschule, den Grundsatz der Überparteilichkeit zu streichen, sei sie sehr stark zum Nachdenken gekommen.

Die FDP-Fraktion möchte selbstverständlich die Volkshochschule erhalten. Jedoch nur mit der Voraussetzung einer Strukturveränderung.

Die Probleme bezüglich der Weiterbildungsmaßnahmen seien nicht plötzlich aufgetreten. Andere Volkshochschulen und Weiterbildungseinrichtungen hätten diese Probleme ebenfalls gehabt und schon früher erkannt. Des Weiteren habe Herr Lutz durchaus kommuniziert, dass es Probleme gebe und Lösungen gefunden werden müssten.

Sie bittet um Auskunft von Herrn Eckard, welche Gründe es gebe, weshalb die Volkshochschule sich in diesem Wettbewerb nicht mehr behaupten könne.

In § 3 der Satzung der Volkshochschule Emden sei beispielsweise geregelt, dass vier Personen aus dem aktiven nebenberuflichen Mitarbeiterkreis der Volkshochschule in eine Dozentenversammlung berufen würden. Sie möchte wissen, ob dieses durchgeführt worden sei. Weiterhin fragt sie, ob diese Dozentenversammlung regelmäßig einberufen und ein Dozentenvertreter benannt worden sei, der an den Vorstandssitzungen teilgenommen habe. Die Stimme der Beschäftigten sei sehr wichtig und dürfe nicht außer Acht gelassen werden.

**Herr Eckard** erklärt zur Entwicklung der Qualifizierungsmaßnahmen, dass der Umfang im Rahmen der Finanzkrisenjahre ab 2008 stark eingeschnitten worden sei.

Ebenso sei die Zielgruppe dieser Maßnahmen beschränkt und die Lose erhöht worden. Mit Zunahme dieser Entwicklung seien zunehmend nur noch größere und überregionale Anbieter zum Zuge gekommen und auf die Losgröße der Stadt Emden sei immer weniger ausgeschrieben worden. Dies sei eines der Kernprobleme.

Die Volkshochschule habe Maßnahmen entwickelt und sich an Ausschreibungen beteiligt, die zunehmend aufgrund des wirtschaftlichen Vergleichs an andere Träger vergeben worden seien. Die Ausschreibungen seien deutlich geringer geworden oder für ein größeres Gebiet ausgeschrieben worden, wo eine einzelne Volkshochschule sich gar nicht beteiligen konnte. Der Markt sei daher zunehmend mit größeren überregionalen Anbietern gesättigt worden.

Ab 2012 habe die Volkshochschule nur noch zwei größere Maßnahmen durchgeführt. Die KOMpass-Maßnahme mit 106 Jugendlichen musste aufgrund der Einführung des Mindestlohns neu ausgeschrieben werden. Daraufhin habe die Volkshochschule diese Maßnahme überraschend verloren, obwohl diese seit 1998 mit sehr guten Prüfungs- und Vermittlungsergebnissen durchgeführt worden sei. Die Maßnahme sei an einen Träger vergeben worden, der in seiner Finanzierungsstruktur nicht auf den TVÖD basiere.

Er habe mehrfach versucht eine Dozentenvertretung, die auch ein Organ in die Mitgliederversammlung entsenden könne, zu berufen. Dies sei bereits am Zustandekommen der Veranstaltung gescheitert. Es habe keine interessierten Dozenten und Dozentinnen gegeben, die dazu bereit gewesen wären, eine Dozentenvertretung zu gründen. Bei den Gesprächen mit Herrn Feier sei die erste Bitte gewesen, eine Dozentenvertretung einzurichten. Alle vorherigen Versuche seinerseits seien erfolglos gescheitert.

## Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015

Die Vertreter aus der Dozentenschaft hätten selbstverständlich einen Sitz in der Mitgliederversammlung und könnten daher stimmberechtigt an den Sitzungen teilnehmen. Dies sei satzungsmäßig bestimmt. Diese Mitglieder würden nicht automatisch die Dozentenvertretung bilden.

**Herr Renken** möchte wissen, ob die Volkshochschule einen Haustarifvertrag mit Verdi abgeschlossen habe und ob dieser seitens des Vorstandes der Volkshochschule gekündigt werden soll oder bereits gekündigt wurde.

**Herr Eckard** gibt an, die Volkshochschule habe einen Haustarifvertrag, welcher nahezu identisch mit dem Tarifvertrag sei.

**Herr Feier** ergänzt, der Haustarifvertrag sei nicht gekündigt worden.

**Frau Marsal** meint, der Vortrag sei sehr informativ gewesen.

Die Frage von Herrn Hecht bezüglich des Mediationsbüros sei noch nicht beantwortet worden. Im Hinblick auf das Konsolidierungsprogramm bittet sie, diese Frage zu erläutern. Sie könne nicht nachvollziehen, wie dieses einseitig gekündigt werden könne, wenn Aufträge und Gelder vom Landesamt für Soziales für diesen Bereich kämen.

Des Weiteren wundere sie, dass im Vorstand Teilnehmer aus der Gewerkschaft seien, wenn das Geschäftsfeld Berufliche Bildung stark reduziert werde.

Ein wichtiger Punkt sei neben der strukturellen Veränderung des Vereins ebenfalls der Konsolidierungsplan 2020, um in den nächsten Jahren kein weiteres Defizit zu erwirtschaften.

Sie bittet um Auskunft, wie die Kooperation mit den Schulen in Zukunft gestaltet werde und welche neuen Geschäftsfelder eröffnet würden.

**Herr Feier** erklärt, den Konsolidierungsplan habe er bei allen Fraktionen ausführlich vorgestellt. Eine Erläuterung des Konsolidierungsplans sei für die heutige Sitzung zu umfassend.

Die Arbeit des Mediationsbüros sei eine sehr wichtige Aufgabe, die eine Volkshochschule erfülle. Diese werde als Sonderauftrag erfüllt. Diesem Sonderauftrag möchte die Volkshochschule selbstverständlich gerecht werden. Jedoch habe er festgestellt, dass sich an drei Stellen Veränderungen ergeben hätten. Bußgelder und Fallzahlen würden zurückgehen und es gebe Erhöhungen über die Personalkosten, sodass ein Missverhältnis entstehe. Anhand der Haushalts- und Jahresergebnisse des Mediationsbüros sei ersichtlich, dass ein Rückgang der Bußgelder von 2013 auf 2014 in Höhe von 11.500 € zu verzeichnen gewesen sei. Im Vergleich von 2013 auf 2014 habe es jedoch Personalkostensteigerungen in Höhe von 6.000 € gegeben. Aufgrund dieses Missverhältnisses habe die Volkshochschule mit den Beteiligten des Mediationsbüros versucht, eine einvernehmliche Lösung zu finden. Leider habe es keine solidarische Einigung gegeben. Aus diesem Grund würden alle Beteiligten an einer guten Lösungserarbeitung für die Kollegen und Kolleginnen des Mediationsbüros arbeiten.

**Herr Bornemann** gibt an, selbstverständlich werde die Stadt sich mit diesem Thema sowie allen Beteiligten intensiv auseinandersetzen, da auch für das Mediationsbüro ein städtischer Zuschuss gewährt würde.

Er erinnert daran, dass auf der heutigen Tagesordnung die Anträge der drei Fraktionen stehen würden, die sich speziell um Vorwürfe und damit ausdrücklich auf die Vergangenheit beziehen.

## **Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015**

Daher könnten zum jetzigen Zeitpunkt keine detaillierten und erschöpfenden Aussagen erwartet werden.

**Herr Bolinius** weist darauf hin, die FDP-Fraktion habe bereits am 14.07.2015 einen Antrag gestellt, dass über den Konsolidierungsplan 2020 im Ausschuss für Kultur- und Erwachsenenbildung beraten werde.

**Herr Feier** ist der Meinung, die wesentlichen Menschen in dieser Runde seien die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Volkshochschule. Gemeinsam mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen könne der Konsolidierungsplan umgesetzt werden. Diese Umsetzung könne jedoch nur mit Unterstützung der Politik sowie der Stadt bewerkstelligt werden.

Er bittet daher alle, das Team der Volkshochschule an dieser Stelle zu unterstützen, damit weiterhin Bildung und Kultur für alle Emden und Emdeninnen angeboten werden könne.

Er bedankt sich für die offenen Worte sowie für die offene Diskussion.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**Herr Swieter** schlägt vor, die heutige Sitzung zu schließen und die noch nicht behandelten Tagesordnungspunkte auf den 08.09.2015 um 17:00 Uhr zu vertagen.

Alle Ausschussmitglieder sind einverstanden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

**Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015**

**Fortsetzung**

**Sitzungstermin:** Dienstag, 08.09.2015  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:58 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

**Anwesend:**

**Vorsitzende**

Winter, Maria

**SPD-Fraktion**

Götze, Horst für Rico Mecklenburg (bis 18:54 Uhr)  
Haase, Hans-Dieter  
Pohlmann, Marianne für Kai-Uwe Schulze  
Burfeind, Heidrun für Gregor Strelow (bis 18:27 Uhr)  
Meyer, Lina für Benjamin Swieter (bis 18:54 Uhr)

**CDU-Fraktion**

Bongartz, Helmut  
Kronshagen, Heinrich für Benedikt Rosenboom

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Marsal, Andrea  
Renken, Bernd

**FDP-Fraktion**

Bolinus, Erich

**Verwaltungsvorstand**

Jahnke, Horst Erster Stadtrat (ab 17:05 Uhr)

**von der Verwaltung**

Discus, Gerhard  
Mansholt, Dieter  
Willms, Artur  
Grabowski, Dietmar  
Groeneveld, Michael  
Jakobs, Stefan  
Greiber, Herbert  
Fekken, Okka  
Baumann, Ulrike

**Protokollführung**

Lenzion, Daje

**Gast**

Graf, Wilfried (bis 18:35 Uhr)



## Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Winter** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Frau Winter** weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 9 „Volkshochschule Emden e. V.“ in der gestrigen Sitzung abschließend beraten worden sei.

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **MITTEILUNGSVORLAGEN**

**TOP 5** Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten  
Vorlage: 16/1787

**Frau Fekken** berichtet anhand der Anlage „Tätigkeitsbericht Juli 2012 bis Juni 2015“ der Vorlage 16/1887 ausführlich über die Aufgaben und Maßnahmen zur Realisierung der Gleichstellung in der Kommune.

Insbesondere legt sie aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation den Fokus auf das Thema „Frauen und Kinder auf der Flucht“.

Frauen und Kinder seien in besonderer Weise von der Flucht betroffen, da Vergewaltigungen häufig als Kriegswaffe eingesetzt würden. Daher müsse davon ausgegangen werden, dass ein Großteil der Frauen und auch Kinder sexuelle Gewalt erfahren haben. Die Mütter müssten ihre Kinder unter erbärmlichen Umständen gebären und ihre Säuglinge über Wochen auf den Armen nach Deutschland tragen. Die gesundheitliche Verfassung der Flüchtlingsfrauen sei somit sehr schlecht und müsse dringend entsprechend berücksichtigt werden. Frauen auf der Flucht seien somit ganz anderen Gefahren und Belastungen ausgesetzt. In Kooperation mit der Verwaltung sollte ebenso über die Wohnsituation der Frauen gesprochen werden. Dort würden eventuell neue Gefahren entstehen. Den Umfang der zukünftigen Flüchtlingsarbeit könne sie zum jetzigen Zeitpunkt noch überhaupt nicht abschätzen.

**Frau Winter** bedankt sich für den umfangreichen Bericht und bittet um Wortmeldungen.

## Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015

**Herr Haase** bedankt sich ebenfalls für den umfassenden Bericht.

Er möchte wissen, ob Netzwerke auch außerhalb der eigenen Verwaltung gebildet würden. Beispielsweise nennt er Ostfriesische Netzwerke oder auch Netzwerke der kreisfreien Städte. Die Umsetzung neuer Ideen von außerhalb in der eigenen Stadt sei sehr wichtig und hilfreich.

Er lobt die Worte von Frau Fekken in Bezug auf die Flüchtlingssituation. Angesichts der immer weiter ansteigenden Flüchtlingszahlen würde in der Ratspolitik das Thema noch nicht ausreichend behandelt. Im Hinblick auf den Nachtragshaushalt des Landes fragt er Herrn Jahnke, inwieweit die Stadt Emden davon möglicherweise profitieren könnte.

**Herr Bolinius** schlägt vor, dass ein umfangreicher Sachstandsbericht zum Thema Flüchtlingssituation in Emden im nächsten Ausschuss für Gesundheit und Soziales von der Verwaltung vorgestellt werde.

**Herr Bongartz** meint, gegenüber dem Tätigkeitsbericht des letzten Jahres habe sich nach seiner Feststellung inhaltlich relativ wenig geändert.

Er spricht im Namen der CDU-Fraktion Frau Fekken für ihre geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus. Er wünscht ihr weiterhin viel Erfolg für die weitere Arbeit.

Er sei der gleichen Ansicht, das Thema Flüchtlingssituation im Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu behandeln. Dieser umfangreiche Sachstandsbericht sollte dann jedoch der einzige Tagesordnungspunkt werden.

**Herr Haase** begrüßt den Vorschlag von Herrn Bongartz, in einer Ausschusssitzung ausschließlich das Thema Flüchtlingssituation in Emden zu behandeln. Dies sei sehr wichtig und notwendig, um in Emden die Willkommenskultur weiterhin aufrecht zu erhalten.

**Herr Jahnke** sei ebenfalls der Meinung, eine Berichterstattung über die Flüchtlingssituation in Emden sei sehr vernünftig und wichtig. Jedoch sei es regelmäßiger Tagesordnungspunkt mit umfassenden Präsentationen und Berichten im Ausschuss für Gesundheit und Soziales. Selbstverständlich werde im nächsten Ausschuss für Gesundheit und Soziales über diese Thematik berichtet werden. Weiterhin gibt er zu bedenken, den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen nicht zu viele Veranstaltungen zuzumuten, da diese zurzeit sehr viel Arbeit hätten.

Aktuell seien 468 Flüchtlinge in Emden untergebracht worden. Aufgrund der neuen Zuteilungsquote würden weitere 321 Flüchtlinge erwartet. Aus diesem Grund könnten die vorhandenen Unterkünfte nicht mehr ausreichend sein, sodass im nächsten Jahr sehr viel in diesem Bereich unternommen werden müsste.

Es sei sehr erfreulich, dass die für 2016 geplanten Hilfen auf das laufende Jahr vorgezogen würden, um die Kommunen zu unterstützen. Dies würde den Kommunen außerordentlich helfen.

**Herr Renken** glaubt, das Thema Flüchtlinge sei eine ganz außerordentliche Herausforderung. Daher geht er davon aus, dass in der nächsten Woche im Ausschuss für Gesundheit und Soziales über den aktuellen Stand und über die neuen Zahlen berichtet werde. In diesem Zusammenhang regt er an, dass Frau Fekken sich in die bestehenden Netzwerke zur Flüchtlingsarbeit integriere und mit den Integrationslotsen sowie Einrichtungen in Verbindung setze. Die Situation würde einer ganz besonderen Bearbeitung bedürfen.

## **Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015**

Im Namen seiner Fraktion bedankt er sich für die geleistete Arbeit. Vor dem Hintergrund der veränderten Anforderungen und der Weiterentwicklung sowie Setzung neuer Schwerpunkte müsse es auch in Zukunft eine Rückkopplung an die Politik geben, um diese wichtige Arbeit weiterhin unterstützen zu können.

**Frau Fekken** gibt an, aufgrund der Dauer ihrer Tätigkeit sei sie mittlerweile auf lokaler sowie ostfriesischer Ebene sehr gut vernetzt. Als Beispiel nennt sie das Projekt „Frauen in die Kommunalpolitik“.

Ebenso habe sie an der 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock teilgenommen, bei der die aktuellen Themen mit der Bundesfrauenministerin entsprechend besprochen worden seien. Angesichts der Vielfalt der Themen, die die Gleichstellungsbeauftragten beschäftigen, sei dies ein ganz wichtiges Forum. Der Austausch, der stattfindet und hergestellt werde, sei sehr wichtig. Eine kommunale Frauenbeauftragte vor Ort könne dies nicht bewältigen. Im Laufe der Jahre hätten sich daher sehr gute Strukturen aufgebaut, sodass auch auf kommunaler Ebene eine gute Entlastung statfinde.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 6** Emden Gleichstellungsplan für die Jahre 2015 bis 2017  
Vorlage: 16/1831

**Herr Discus und Frau Baumann** berichten anhand einer Power-Point-Präsentation über den Emden Gleichstellungsplan für die Jahre 2015 bis 2017. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Herr Bolinius** fragt, wie das landesweite Verhältnis dieser Zahlen sei.

**Frau Fekken** meint, die Stadt Emden würde sich weder positiv noch negativ herausheben.

**Herr Discus** ergänzt, das Verhältnis würde von der Personalstruktur einer Stadt abhängen. Beispielsweise sei aktuell der Anteil der Frauen im Ausbildungssektor wesentlich höher. Aus den eingegangenen Bewerbungen lasse sich ableiten, dass in 2016 viele Auszubildende weiblichen Geschlechts sein werden. Dies liege auch am Verhältnis der Bewerbungen und könne sich in den Folgejahren eventuell so fortsetzen. Viele Veränderungen seien im Grunde genommen somit nur über lange Sicht erreichbar. Die Tendenzaussage, dass es Steigerungen bei dem Abbau des jeweils unterrepräsentierten Geschlechts gegeben habe, sei viel wichtiger. Viele Veränderungen seien nicht beeinflussbar. Bei dem Weggang von nur drei Frauen im gehobenen Dienst sei der Prozentanteil sehr hoch. Daher sei die Personalbindung an die Stadt Emden um Langzeitziele zu erreichen ebenso wichtig.

Frau Fekken nehme selbstverständlich an den Besprechungen teil, um die Interessen des unterrepräsentierten Geschlechts zu vertreten. Dabei leiste sie hervorragende Arbeit.

Des Weiteren könnten sich Stichtage auf den Bericht negativ auswirken, da diese die dazwischenliegenden positiven Veränderungen nicht darstellen würden. Ein monatliches Bild zu erstellen sei vom Gesetzgeber auch nicht gewollt. Der Gesetzgeber möchte lediglich die tendenzielle Entwicklung sehen, dass das unterrepräsentierte Geschlecht gestärkt aus den Maßnahmen hervorgehe.

**Frau Baumann** setzt ihre Präsentation fort.

## Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015

**Frau Winter** bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Bolinius** fragt, ob bei den Ausbildungsstellen mehr weibliche Kräfte eingestellt würden.

**Herr Discus** erläutert, dass sich für die Ausbildung im Jahre 2016 mehr weibliche Personen beworben hätten. Somit werde das Verhältnis, dass mehr Frauen eingestellt würden mit hoher Wahrscheinlichkeit größer. Dieses Verhältnis sei jedoch jedes Jahr verschieden. Die Grundannahme sei, dass sich die Bewerber bei der Stadt bewerben, um auch dauerhaft zu bleiben. Aus diesem Grund würden auf langer Sicht die Unterrepräsentanzen verringert.

**Herr Bolinius** möchte wissen, ob die weiblichen Auszubildenden länger bei der Stadt Emden angestellt seien. Er glaubt, dass männliche Auszubildende langfristiger bleiben und die weiblichen Auszubildenden meistens frühzeitig aus verschiedenen Gründen ausscheiden würden.

**Herr Discus** gibt an, hierüber würde es keine Evaluation geben. Das Verhältnis sei jedoch relativ ausgeglichen.

**Herr Renken** bedankt sich für den Vortrag.

In Emden gebe es ein sehr umfassendes und weitreichendes Bündel von Maßnahmen im Bereich Gleichstellungsplanung. Dies würde sich auch in der Zertifizierung als familienfreundlicher Betrieb widerspiegeln. Dennoch bestehe sowohl bei den Beamten als auch bei den Tarifbeschäftigten ein Defizit im Bereich der Führungspositionen. In anderen kreisfreien Städten sei durchaus auf den Führungsebenen sowohl auf der Verwaltungsspitze als auch im nachgeordneten Bereich der Fachbereichsleiterebene weibliches Personal. Es sei selbstverständlich auch eine politische Entscheidung, ob in Führungspositionen weibliches Personal sei.

Aus diesem Grund fragt er, ob es seitens der Verwaltung für einen Vergleich möglich sei, eine Übersicht der Besetzung der Führungspositionen in kreisfreien niedersächsischen Städten vorzustellen. Eine Besetzung der Führungsebene ohne weibliches Personal würde ebenso die Verwaltung insgesamt prägen. Er regt an, im Bereich der Kernverwaltung bei der Besetzung von Fachbereichsleitungen externe Ausschreibungen durchzuführen.

Er bittet um Auskunft, ob das Gleichstellungsgesetz auch für städtische Gesellschaften gelte und wer dann für diese Verpflichtungen verantwortlich sei.

**Frau Baumann** erklärt, auch die Eigengesellschaften hätten den Auftrag bekommen einen Gleichstellungsplan zu erstellen. Im letzten Jahr habe sie eine Informationsveranstaltung durchgeführt, um die praktische Aufstellung des Planes sowie das Zusammentragen der Daten vorzustellen. An dieser Veranstaltung hätten die Stadtwerke Emden, die Zukunft Emden und die Stadtentwicklung Emden K.A.d.ö.R. teilgenommen.

**Frau Fekken** ergänzt, Gesellschaften, Institutionen und Organisationseinheiten mit mindestens 50 Beschäftigten hätten einen Gleichstellungsplan zu erstellen.

Die von Frau Baumann angesprochene Veranstaltung sei zustande gekommen, da die Erstellung eines solchen Planes sehr kompliziert und arbeitsaufwendig sei. Frau Baumann habe sich daher die Mühe gemacht, gewisse Hilfestellungen darzulegen. Nach ihrem Wissensstand sei die Erstellung dieser Pläne teilweise schon durchgeführt worden. In kleinen Einheiten wie der K.A.d.ö.R. oder der Zukunft Emden habe die Erstellung jedoch keinen Sinn gemacht. Das zuständige Gremium sei jeweils der Aufsichtsrat.

## **Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015**

**Frau Marsal** bedankt sich für die Ausführungen.

Vor dem Hintergrund der Betreuung und Beratung von Flüchtlingen bittet sie um Auskunft, wie viele Beschäftigte mit Migrationshintergrund und wie viele Beschäftigte mit Behinderungen bei der Stadt Emden angestellt worden seien.

**Herr Discus** weist darauf hin, dass nicht jeder Mitarbeiter seinen Migrationshintergrund offen bekannt geben würde. Aufgrund der Geburtsorte und der Namen habe der Fachdienst Personal jedoch festgestellt, dass mehrere Hundert Beschäftigte mit Migrationshintergrund bei der Stadt Emden angestellt seien. Diese Einstellungen seien häufig im Rahmen von externer Personalauswahl in Bereichen, in denen ganz gezielt entsprechende Personen mit Sprachkenntnissen gesucht würden. Dieses Thema habe er in einer Arbeitsgruppe ausführlich dargelegt.

Es seien ebenso mehrere Hundert Personen mit Behinderungen bei der Stadt angestellt. Schwerpunktartig jedoch Personen, die im Rahmen ihrer langjährigen Dienstzeit erkranken. Bei Neueinstellungen sei dies ein geringerer Umfang. Beispielsweise könnten Mitarbeiter, die in der Beweglichkeit eingeschränkt seien, nicht im Außendienst eingesetzt werden. Gleichwohl bekämen alle Bewerber mit Behinderungen die Möglichkeit sich vorzustellen und unabhängig von ihrer Behinderung ihre Qualifikation darzustellen, wenn diese nicht total abwegig vom Anforderungsprofil sei.

**Herr Bongartz** meint, im öffentlichen Dienst sei die Besetzung in Führungspositionen mit weiblichem Personal nicht so einfach. Bei einer Ausschreibung dürfe nicht die Angabe erfolgen, dass Frauen bei dem Bewerbungsverfahren bevorzugt würden. Dies sei rechtlich nicht möglich. Bei der Besetzung des Stadtvorstandes habe man sich ebenfalls für männliche Personen entschieden, obwohl es auch andere Möglichkeiten gegeben habe. Des Weiteren gelte das Prinzip der Eignung, Leistung und Befähigung. In den kommenden Jahren sollte dennoch darauf geachtet werden, weibliches Personal in Führungspositionen einzustellen.

Aus eigener beruflicher Erfahrung wisse er und sei der Überzeugung, dass die Stadt Emden sich bei dieser Thematik sehr viel Mühe geben würde. Aufgrund der Schwierigkeit sei es sehr anerkennenswert, einen solchen Plan aufzustellen. Dies sei mit sehr viel Arbeit und Zeitaufwand verbunden.

**Herr Haase** stimmt den grundsätzlichen Aussagen von Herrn Renken zu.

Es sei jedoch schwierig bei einer Stelle, die vom Volk gewählt werde, die Gleichstellungsgesetze einzuhalten. Die Bürger könnten nicht gezwungen werden, diese Gesetze einzuhalten. Des Weiteren müssten adäquate Angebote vorhanden sein. Die beamtenrechtlichen Grundsätze wie Eignung und Befähigung würden ebenso gelten. Es dauere einige Zeit, bis die Gleichstellung umgesetzt werden könne, da auch die entsprechenden Angebote da sein müssten.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 7** Vorstellung des Budgets 2016 der Stabstellen, des Fachbereiches 200 und des Betriebes Gebäudereinigung gemäß des Eckwertebeschlusses 2016  
Vorlage: 16/1844

**Herr Jahnke** erklärt, wie bereits in den letzten beiden Jahren wolle die Verwaltung in den Fachausschüssen die einzelnen Budgets gemäß des Eckwertebeschlusses vorstellen. Die Verwaltung habe die TOP-Ziele der Stadt Emden überarbeitet und die Kennzahlen angepasst. Ebenso würde dem Rat vorgeschlagen, das Leitziel „Finanzielle Eigenständigkeit und

## Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015

Handlungsfähigkeit der Stadt Emden sicherstellen und erhalten“ den TOP-Zielen voranzustellen. Vor dem Hintergrund immer weiter steigender Ausgaben sei dies ein sehr wichtiger Faktor. Die TOP-Ziele seien seit zehn Jahren relativ wenig verändert worden. Daher sei angedacht, im Rahmen einer der nächsten Haushaltsstrukturkommissionen über die TOP-Ziele und Kennzahlen zu diskutieren und zu beraten.

**Herr Mansholt** stellt anhand einer Power-Point-Präsentation das Budget des Verwaltungsvorstandes und das Budget des Vorstandsbüros sowie **Herr Greiber** das Budget des Juristischen Dienstes vor. Diese Präsentationen sind im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Herr Haase** äußert, im Rahmen der Konsolidierung habe man sehr lange über den Abbau der Juristenstelle beraten. Daher fragt er, wie die Besetzung der Rechtsstellen vergleichsweise in anderen Städten besetzt sei. Er bittet um einen Bericht, ob in anderen Städten die Tendenz zu eigenen Juristen ginge oder eher Rechtsanwälte beauftragt würden.

Des Weiteren möchte er wissen, wie groß das aktuell größte Prozessrisiko der 169 Rechtsstreitigkeiten sei.

**Herr Greiber** gibt an, ihm sei aktuell kein Fall bekannt, bei dem eine Juristenstelle abgebaut worden sei. Selbstverständlich könne er zum jetzigen Zeitpunkt keinen Gesamtüberblick von Niedersachsen vorlegen.

Zur Frage des Einzelprozessrisikos könne er keine Angabe machen, da er die Prozesse von Herrn Schmidt zunächst durchsehen müsste. Das Prozessrisiko hänge vom Streitwert ab und könne mehrere 100.000 € betragen. Teilweise seien die Risiken sehr hoch.

**Herr Bongartz** glaubt, dass die Stärke eines Juristischen Dienstes davon abhängig sei, wie viele Juristen sich im Vorstand einer Stadt befinden würden. Da im Vorstand der Stadt Emden derzeit kein Jurist sei, sei die Erledigung der Aufgaben mit nur einem Juristen wahrscheinlich sehr schwierig. Jedoch müsse zunächst abgewartet werden, wie sich diese Thematik nach Abbau der Stelle entwickelt.

Anschließend erläutert **Herr Discus** anhand einer Power-Point-Präsentation gemeinsam mit **Herrn Willms**, **Herrn Grabowski** und **Herrn Jakobs** das Budget des Fachbereichs 200 und seiner Fachdienste. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Herr Jakobs** nimmt Stellung zur Frage aus dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 01.07.2015 bezüglich einer Durchführung zur Hundeermittlung durch Dritte.

Eine Hundesteuerermittlung sei laut § 12 Abs. 1 S.2 NKAG in Niedersachsen nicht zulässig. Des Weiteren sei bei einer Anfrage im Landtag aus dem Jahre 2002 die Antwort gewesen, dass Dritte nicht für die Beitragserhebung herangezogen werden dürfen. Dies sei eine hoheitliche Aufgabe. In Niedersachsen sei derzeit keine Gesetzänderung geplant.

Die Stadt Emden müsse sich aus diesem Grund anderer Dinge bedienen, um gegebenenfalls zu ermitteln. Dazu könne das Hundesteuerregister mit der Hundesteuerdatei abgeglichen werden. Die Hundesteuerdatei der Stadt Emden sei jedoch deutlich umfangreicher. Dem Hundesteuerregister seien für Emden 1.900 angemeldete Tiere zu entnehmen und die Hundesteuerdatei habe einen Bestand von weit über 3.000 angemeldeten Tieren. Aus diesem Grund könne das Hundesteuerregister kaum zum Abgleichen verwendet werden. Dennoch sei dieser Abgleich durchgeführt und festgestellt worden, dass einige Anmeldungen bei bestimmten Personen differieren. Diese Abweichungen würden selbstverständlich überprüft.

## **Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 07.09. und Fortsetzung am 08.09.2015**

**Frau Winter** bedankt sich für die Präsentationen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 8** Umsetzung der Beschlüsse der Haushaltsstrukturkommission  
Vorlage: 16/1845

**Frau Winter** schlägt vor, aufgrund eines um 19:00 Uhr anstehenden Termins Fragen zur Vorlage direkt an die Verwaltung zu stellen, da die Vorlage aus ihrer Sicht erschöpfend sei.

Alle Ausschussmitglieder sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### **ANTRÄGE VON FRAKTIONEN**

**TOP 10** Steuereinnahmen der Stadt;  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 24.08.2015  
Vorlage: 16/1847

**Frau Winter** schlägt auch zu dieser Vorlage vor, aufgrund des anstehenden Termins weitere Fragen direkt an die Verwaltung zu stellen.

Alle Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 11** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

**TOP 12** Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.